

## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 8.12.08

Sitzungsort: A 013

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.35 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

### Mitglieder

- Dahmen
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Breu (2. stv. Vors.)
- Dr. Petran

- Schmitz, H. fw/bVb

- vom Hagen Grüne

- Pitz FDP

### Verwaltung

- Kreuzberg Bürgermeister
- Brandt Beigeordneter
- Freytag Stadtkämmerer
- J.v. Bothmer GLB
- Schiffer - 01-
- Becke -10-
- Kuhl -20-
- Radermacher -20-
- Gardemann - Stadtwerke -
- 
- 
- 

### Schriftführerin

M. Müller

### Gäste

- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 

### Stellvertretende Mitglieder

- Dr. Dahm CDU
- Gerharz, F.J. CDU
- Vogel CDU
- Stilz CDU
- Boley CDU
- Ehrenstein CDU
- Falkenstein CDU
- Fischer CDU
- Dr. Frantziach-Immenkeppel CDU
- Gerharz, Th. CDU
- Hepp CDU
- Pohl CDU
- Pütz CDU
- Rau CDU
- Schumacher CDU
- Simons CDU
- Vetterling CDU

- Blanke SPD
- Heck SPD
- Grafe SPD
- Jung SPD
- Reinkemeier SPD
- Salvador SPD
- Vilkman SPD
- Weesbach SPD
- Wehrhahn SPD

- Baule fw/bVb
- Arth fw/bVb
- Bohlken fw/bVb
- Mainzer fw/bVb
- Müller fw/bVb

- Bortlisz-Dickhoff Grüne
- Niclasen Grüne
- Schönhütte Grüne
- Weber Grüne

- Brämer FDP

A) Öffentlicher Teil	4
1. Niederschrift vom 17.11.08	4
2. Haushalt 2009	4
Bezug: Rat 27.10.2009, HA 17.11.08	4
Vorlage-Nr. 40/08	4
2.1 Erste verwaltungsseitige Fortschreibung	4
Vorlage-Nr. 40/08 k	4
2.2 Stellenplan 2009	4
Bezug: HA 17.11.08	4
Vorlage-Nr. 40/08 e	4
2.3 Abstimmung der Anträge der Fraktionen	4
Bezug: HA 17.11.08	4
Vorlage-Nr. 40/08 j	4
3. Übertragung Betriebshof an Stadtwerke Brühl GmbH	9
Bezug: HA 17.11.08	9
Vorlage-Nr. 56/91 am	9
4. Gesellschafterversammlung Stadtwerke Brühl GmbH	9
hier: Änderung Gesellschaftsvertrag wg. Übernahme Betriebshof	9
Vorlage-Nr. 81/87 ae - Ä -	9
5. 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl - Satzung Rettungsdienst -	11
Vorlage-Nr. 106/99 h	11
6. Überplanmäßige Ausgaben	11
6.1 Neue Datev-Server	11
Vorlage-Nr. 12/89 bh	11
6.2 Erweiterung/Neubau OGS Badorf	12
Vorlage-Nr. 24/03 au	12
7. Mitteilungen	12
7.1 [galerie.bruehl]	12
8. Anfragen	12
8.1 Kriminalpräventiver Rat	12
Bezug: Anfrage Ratsfrau Niclasen (GRÜNE), Rat 27.10.08	12
Vorlage-Nr. 51/08	12
8.2 Neubaumaßnahme Realschule	13
8.3 Standesamt	13
8.4 Hochbegabtenzentrum	13
8.5 Schuttablagerungen Grundstück Weilerstraße	13
8.6 Parken am Sportplatz Brühl-Vochem	13
8.7 Weihnachtsmarkt	13
8.8 Beschwerdemeldungen an die Verwaltung	14

B) Nichtöffentlicher Teil	15
9. Haushalt 2009	15
hier: Erläuterungen zum Stellenplan	15
Bezug: HA 17.11.08	15
Vorlage-Nr. 40/08 f	15
10. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen und Personalbewegungen	15
Vorlage-Nr. 62/95 ca	15
11. Unbefristete Niederschlagung einer Forderung	15
Vorlage-Nr. 47/08	15
12. Niederschlagung Benutzungsgebühren	15
Vorlage-Nr. 50/08	15
13. Mitteilungen	15
13.1 Schülerbeförderung 2009 bis 2011	15
Bezug: VgLA-Sitzung 8.12.2008	15
14. Anfragen	16
14.1 Telekom Callcenter	16

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

## **A) Öffentlicher Teil**

### **Zur Tagesordnung:**

Der **Vorsitzende des Vergabe- und Liegenschaftsausschusses, Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb), teilt mit, dass er von der eben stattgefundenen VgLA-Sitzung in nichtöffentlicher Sitzung berichten wolle.

---

Der Hauptausschuss stimmt der entsprechenden Erweiterung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil zu.

- einstimmig -

### **1. Niederschrift vom 17.11.08**

**Ratsherr Hosmann** (CDU) nimmt Bezug auf die auf S. 4 der Niederschrift zitierte Aussage des Stadtkämmerers Freytag, dass es grundsätzlich keine Überschneidungen zwischen den Angeboten der Volkshochschule und den Angeboten der städtischen Kunstschule gebe und hält dem entgegen, dass es ausweislich der Programme sehr wohl Überschneidungen gebe.

**Bürgermeister Kreuzberg** stellt fest, dass diese Anmerkung nichts mit der Fassung der Niederschrift zu tun habe.

---

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 17.11.08 werden keine Einwände erhoben.

### **2. Haushalt 2009**

**Bezug: Rat 27.10.2009, HA 17.11.08**

**Vorlage-Nr. 40/08**

#### **2.1 Erste verwaltungsseitige Fortschreibung**

**Vorlage-Nr. 40/08 k**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

#### **2.2 Stellenplan 2009**

**Bezug: HA 17.11.08**

**Vorlage-Nr. 40/08 e**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt den in der Anlage beigefügten Stellenplan 2009 mit Stellenübersicht.

#### **2.3 Abstimmung der Anträge der Fraktionen**

**Bezug: HA 17.11.08**

**Vorlage-Nr. 40/08 j**

Zum FDP-Antrag, Mittel in Höhe von 7.500,00 € anzusetzen für die Durchführung einer Seniorenkonferenz, gibt **Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) zu bedenken, dass die Thematik laut

Aussage des Bürgermeisters auf jeden Fall in Angriff genommen werde. Auch nach Ansicht seiner Fraktion sei eine Seniorenkonferenz oder eine ähnliche Veranstaltung notwendig. Dies könne jedoch im Zuge des laufenden Verfahrens aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel realisiert werden und bedürfe sicherlich keines gesonderten Haushaltsansatzes.

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) erklärt sich mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel unter der Voraussetzung einverstanden, dass ein Sperrvermerk zugunsten des Hauptausschusses angebracht werde. Bevor hier Geld ausgegeben werde, müssten genaue Konzepte erarbeitet, vorgelegt und besprochen werden.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) erinnert sich an eine diesbezügliche Aussage, dass es sich hier um eine Querschnittsaufgabe in der Verwaltung handle. Er gehe daher davon aus, dass entsprechende Mittel im Haushaltsplan berücksichtigt sind. Dennoch bitte er, bei Gelegenheit über die Thematik zu berichten.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Bericht zu.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) hält an seinem Anliegen fest, eine gesonderte Haushaltsposition einzurichten. Er erklärt sich jedoch damit einverstanden, Mittel in Höhe von lediglich 1.000,00 € quasi als Erinnerungsposten anzusetzen.

---

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion ab, einen Erinnerungsposten in Höhe von 1.000,00 € für die Durchführung einer Seniorenkonferenz anzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 8 : 4 bei 1 Enthaltung

---

Zum Antrag seiner Fraktion, den entsprechenden Haushaltsansatz um die Kosten für den Energiepass für städtische Gebäude unter 1.000 qm zu kürzen, fragt **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP), ob die Verwaltung mittlerweile eine entsprechende Auflistung der Gebäude erstellt habe. Seines Wissens seien die Stadtwerke nach der Energieeinsparverordnung nicht berechtigt, selbst Energiepässe auszustellen. Sie müssten daher für viel Geld ein Drittunternehmen mit der Ausstellung der Bescheinigung beauftragen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) bestätigt, dass man zunächst seitens der Verwaltung einmal darüber aufgeklärt werden müsse, um wie viele Gebäude unter 1.000 qm es sich handle, die nicht selbst genutzt würden. Darüber hinaus müsse man wissen, ob es neue Erkenntnisse hinsichtlich des angesetzten Kostenrahmens gebe und ob auch Alternativangebote eingeholt worden seien.

Der **Geschäftsführer der Stadtwerke Brühl GmbH, Herr Gardemann**, erklärt, dass der zuständige Mitarbeiter mit den energetischen Untersuchungen im privaten Bereich intensiv beschäftigt sei. Für gewerblich genutzte Gebäude bzw. Bürobauten habe dieser jedoch nicht die entsprechende Befähigung.

**Bürgermeister Kreuzberg** ergänzt, dass aus diesem Grund die entsprechenden Kosten angesetzt worden seien. Auch wenn man die unter 1.000 qm liegenden Gebäude herausnehmen würde, sei ein entsprechender Ansatz notwendig, da die tatsächlich kalkulierten Kosten über dem jetzt angesetzten Betrag liegen würden. Er schlage daher vor, es zunächst bei dem Ansatz zu belassen, da die genauen Kosten im Vorfeld nicht absehbar sind. Selbstverständlich werde nur das ausgegeben, was unbedingt notwendig wäre und der angesetzte Betrag nicht unbedingt in voller Höhe ausgeschöpft werden müsse.

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) kann den FDP-Antrag nicht nachvollziehen, da es zum einen selbstverständlich auch sinnvoll sei, kleinere Gebäude zu untersuchen und auf der anderen Seite Haushaltsmittel, auch wenn sie zur Verfügung stehen, sicherlich nicht unnötigerweise in Anspruch genommen würden.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) stellt fest, dass völlig unklar sei, um welchen Betrag es hier gehe, den man evtl. einsparen könne.

**Bürgermeister Kreuzberg** sieht den Antrag im Zusammenhang mit dem Antrag der FDP-Fraktion, einen Erinnerungsposten für die Durchführung einer Seniorenkonferenz in Höhe von 1.000,00 € anzusetzen. Insofern gehe es zur Deckung der Kosten hier wohl um diesen Betrag. Er sei allerdings ebenfalls der Ansicht, dass man nicht von vornherein die Untersuchung von kleineren Gebäuden grundsätzlich ausschließen sollte. Vielmehr zeige sich die Sinnhaftigkeit der Überprüfungen erst im Laufe der Arbeit.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) gibt zu bedenken, dass gerade dies Sinn seines Antrages sei und die Aussage des Bürgermeisters ihn noch einmal beflügele, hier zumindest einen Sperrvermerk zu beantragen. Der eigentliche Energiepass sei nur eine Formsache und bestehe quasi aus „drei bunten Blättern“. Dem sei jedoch eine eingehende Prüfung vorausgegangen, mit der die Gebausie bereits beauftragt sei. Er halte es daher für rausgeschmissenes Geld, wenn nun ein Drittunternehmen in Anspruch genommen werden müsse, um die Ergebnisse der energetischen Untersuchung durch die Gebausie lediglich noch auf Papier zu drucken. Er habe hier von der Verwaltung klarere Angaben erwartet.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) stellt fest, dass man an den gesetzlichen Vorgaben nicht vorbeikomme. Er schlage daher als Kompromiss vor, den Ansatz in Höhe von 80.000,00 € bestehen zu lassen und auch alle Gebäude im Arbeitsprogramm zu belassen. Im Einzelfall könne man dann bei einem Gebäude unter 1.000 qm, welches nicht zur Vermietung anstehe, entscheiden, ob hier die Notwendigkeit für die Ausstellung eines Energiepasses bestehe oder nicht. Auf diesem Wege könne man dann event. Kosten sparen, so dass sich der Antrag im Grunde genommen erübrige.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) zieht seinen Antrag unter dieser Maßgabe zurück.

---

Zum Antrag seiner Fraktion, die Vereinszuschüsse nicht zu kürzen, erläutert **Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD), dass man hier durch relativ kleine Beträge eine große Wirkung erzielen könne. Umgekehrt wirke sich die Erhöhung um insgesamt 9.900,00 € kaum negativ auf den städtischen Haushalt aus. Bisher sei den Vereinen ein Ausgleich durch Sponsoring gelungen, was jedoch immer schwieriger sei. Die Vereine sollten daher im bisherigen Umfang unterstützt werden, da sie wichtige Funktionen übernehmen und das kulturelle Leben in der Stadt sehr stark gestalten.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) bestätigt, dass es sich bei der Kultur um einen wichtigen Standortfaktor für Brühl handele. Die Kürzungen basierten allerdings auf einer abgesprochenen konzeptionellen Grundlage und man habe vereinbart, in *allen* Bereichen zu sparen. Aus Gleichberechtigungsgründen sollte man daher auf der einmal eingeschlagenen und mittelfristig angelegten Linie bleiben. Es stecke schließlich der Gedanke dahinter, dass man auch im Bereich Kultur zu eine anderen Form der Finanzierung gelangen wolle.

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) fragt, ob der Ansatz für 2009 nicht auf den tatsächlichen Ausgaben 2008 basiere und man insofern nicht von einer Kürzung sprechen könne.

**Bürgermeister Kreuzberg** bestätigt, dass der hier angesetzte Rahmen den im laufenden Haushaltsjahr 2008 tatsächlich abgerufenen Mittel entspreche.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) stellt richtig, dass es sich s. W. um das Ist-Ergebnis 2007 handele, das möglicherweise dadurch zustande gekommen sei, dass Vereine nicht die als Grenzwert vorgegebene Mitgliederzahl erreicht hätten.

**Bürgermeister Kreuzberg** entgegnet, dass man über die Stückelung pro Verein noch einmal sprechen könne. In der Gesamtsumme handele es sich aber tatsächlich um den Betrag, der in 2008 abgerufen worden sei.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) ist der Ansicht, dass das Gießkannenprinzip wegen der Geringfügigkeit der einzelnen Beträge keinen Sinn mache und nichts bewirke. Wenn man etwas tun wolle, sollte man besser ganz bestimmte Aktivitäten unterstützen oder in Notlagen helfen. So sei es z.B. z.Z. keinesfalls notwendig, dem Zoom Kino unter die Arme zu greifen. Falls dies einmal so sein sollte, werde man es allerdings selbstverständlich tun.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) hält dem entgegen, dass die Vereine sicherlich keine langen und intensiven Gespräche mit den Fraktionen führen würden, wenn die Höhe der städtischen Zuschüsse für sie unwichtig sei.

---

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion ab, den Ansatz für die Vereinszuschüsse um 9.900,00 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 9 : 3 bei 1 Enthaltung

---

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) erklärt, dass seine Fraktion trotz großer Affinität zu der Einrichtung aus Gerechtigkeitsgründen einer Ansatzserhöhung nicht zustimmen könne. Bei aller Wertschätzung für die dort geleistete Arbeit müsse man den Antrag ablehnen, zumal auch qualitativ keine Unterscheidung möglich sei. Im Übrigen müsse man bedenken, dass hier bestimmte Beratungsgegenstände herausgenommen worden seien. Die dadurch eintretende personelle Kürzung beim Träger könne von der Stadt nicht aufgefangen werden.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) warnt ebenfalls davor, hier einen Präzedenzfall zu schaffen. Die Kommune könne nicht für die Kirche eintreten, wenn diese sich aus bestimmten Bereichen zurückziehe.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) teilt mit, dass die Bezuschussung der Familienberatungsstelle bereits bei einer Ansatzserhöhung um 5.000,00 € auf den alten Betrag gebracht werde. Eine Erhöhung um 10.000,00 € und damit über den alten Stand hinaus halte seine Fraktion nicht für notwendig.

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) bittet, die Entscheidung über den Antrag an den Rat zu verweisen, da er mit diesen Informationen zunächst noch einmal in die interne Fraktionsberatung gehen wolle.

---

Der Hauptausschuss verweist den Antrag zur Entscheidung an den Rat.

- einstimmig -

---

Bezüglich seines Antrags zur dauerhaften Ausfugung des Pflasters in der Fußgängerzone nimmt **Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) Bezug auf die Etatrede des Bürgermeisters, der die Ausfugung im „Bedarfsfalle“ ebenfalls für notwendig erklärt habe. Dieser Bedarfsfall sei s. E. jedoch längst eingetreten, da die Fugen durch die Kehrmaschine stark ausgelaugt seien. Der Antrag seiner Fraktion sei im Übrigen seriös gegenfinanziert durch die im Rahmen der Fortschreibung bekannt gegebenen Wenigerausgabe in Höhe von 60.000,00 € bei den Versicherungsprämien.

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) geht davon aus, dass der Bürgermeister die Verkehrssicherheit gewährleiste und die Ausfugungen nach und nach im Zuge der normalen Instandsetzungsarbeiten erledigt würden, auch wenn dies etwas länger dauere.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) kann keinen akuten Notstand erkennen, so dass die Arbeiten keine Priorität hätten. Im Übrigen wolle man den Haushalt auch irgendwann einmal einer ordentlichen Deckung zuführen, so dass man hier gut Geld einsparen könne.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) spricht sich ebenfalls dafür aus, dass man hier nach Bedarf vorgehen solle und eine Ausgabe in dieser Höhe z.Z. nicht notwendig sei. Seine Fraktion gehe davon aus, dass die für die normalen Sanierungsarbeiten angesetzten Mittel hier ausreichen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) ist ebenfalls dafür, nach Bedarf vorzugehen und das Geld lieber einzusparen.

---

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der fw/bVb-Fraktion ab, den Ansatz um 65.000,00 € für das dauerhafte Ausfugen des Pflasters in der Fußgängerzone aufzustocken.

Abstimmungsergebnis: 12 : 1

---

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) nimmt Bezug auf eine Diskussion im Verkehrsausschuss (VKA). Dort sei angemerkt worden, dass das Teilstück der Willy-Brandt-Straße zwischen Rodderweg und Fachhochschule nicht ausgeleuchtet sei. Er fragt, ob entsprechende Mittel im Haushaltsplan vorgesehen seien oder ob er diese beantragen müsse.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass Geld für neue Beleuchtungsmaßnahmen nicht veranschlagt sei.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) erklärt, dass er dieses Anliegen dann zum Antrag erhebe, da dort eine Strecke von ca. 300 m völlig unbeleuchtet sei.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) fragt, warum sich hier so plötzlich eine Notwendigkeit ergebe.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) erläutert, dass dort ein Weg angelegt sei und aus Sicherheitsgründen solche Wege auch beleuchtet sein müssten. Im Übrigen sei das Thema im Verkehrsausschuss besprochen worden.

Der **Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Ratsherr Gerharz** (CDU), stellt richtig, dass die Ausleuchtung des Teilstückes nicht angesprochen worden sei, vielmehr sei die Breite des kombinierten Rad- und Fußweges thematisiert worden.

**Bürgermeister Kreuzberg** gibt zu bedenken, dass man sich bereits in der Endabstimmung für die in einer Woche zu verabschiedende Haushaltssatzung befinde. Ein solcher Antrag müsse jedoch geprüft und bewertet werden. Dies sei in der Kürze der Zeit kaum möglich. Er schlage daher vor, die Angelegenheit zunächst im Vka zu besprechen. Selbstverständlich werde bei dringendem Handlungsbedarf auch gehandelt. Es sei jedoch hier und heute kurzfristig nicht möglich, eine Entscheidung zu treffen und einen genauen Betrag zu beziffern.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) sieht mit der Zusicherung, das Thema im Vka zu besprechen, seinem Anliegen Genüge getan.

---

### **3. Übertragung Betriebshof an Stadtwerke Brühl GmbH**

**Bezug: HA 17.11.08**

**Vorlage-Nr. 56/91 am**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt:

1. die Übertragung der im Fachbereich 70 wahrgenommenen Aufgaben einschließlich des Betriebsteils „Abfall“ aus dem städtischen Entsorgungsbetrieb im Wege einer Ausgliederung zur Aufnahme gemäß §§ 168, 123 Abs. 3 Nr. 1 Umwandlungsgesetz (partielle Gesamtrechtsnachfolge) auf die Stadtwerke Brühl GmbH mit Wirkung zum 01.01.2009.
2. eine Erhöhung des Stammkapitals der Stadtwerke Brühl GmbH um 1.000.064,95 € auf dann insgesamt 5.090.400 €. Unter Berücksichtigung zu übertragender Kreditverpflichtungen in Höhe von 382.158,92 € wird der verbleibende Betrag des zu übertragenden Anlagevermögens (insgesamt 3.810.158,74 €) in Höhe von 2.427.934,87 € der Kapitalrücklage der Stadtwerke Brühl GmbH zugeführt.
3. den Bürgermeister zu beauftragen, mit der Stadtwerke Brühl GmbH
  - einen Ausgliederungs- und Übernahmevertrag
  - einen Personalüberleitungsvertrag
  - sowie einen Dienstleistungsvertrag

entsprechend den als Anlage beigefügten Erläuterungen abzuschließen.

4. den Gesellschaftervertreter, Herrn Wolfgang Poschmann, zu beauftragen, entsprechende Beschlüsse gemäß den Ziffern 1. bis 3. in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Brühl GmbH herbeizuführen.

- einstimmig bei 1 Enthaltung -

### **4. Gesellschafterversammlung Stadtwerke Brühl GmbH**

**hier: Änderung Gesellschaftsvertrag wg. Übernahme Betriebshof**

**Vorlage-Nr. 81/87 ae**

- Ä -

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) führt aus, dass im Rahmen der Formulierung des § 2 Abs. 1 eine längere und eine kürzere Fassung in der Diskussion gewesen seien. Er spreche sich für die längere Version aus, da er es befürworte, den Gegenstand des Unternehmens genauer zu erläutern.

Auch **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) ist der Ansicht, dass man verpflichtet sei, die ausführlichere Fassung in § 2 Abs. 1 zu wählen.

Der **Geschäftsführer der Stadtwerke Brühl GmbH, Herr Gardemann**, erklärt, dass sich beide Fassungen nicht widersprechen würden; die längere Fassung beschreibe den Gegenstand des Unternehmens nur ausführlicher. Er habe zum Vergleich auch die Formulierung in der langen Fassung vorbereitet und könne diese gerne vorlegen.

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) stellt fest, dass die von Herrn Gardemann vorgelegte Version abweiche von der ihm bekannten Variante. So sei es s. E. ein Unterschied, ob man sage: „Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität etc.“, oder ob man sage: „Gegenstand des Unternehmens ist die sparsame, umweltschonende, wirtschaftliche und sichere Versorgung mit Elektrizität etc.“. Man unterlege sich hiermit einer Selbstverpflichtung, die er befürworten würde.

Herr **Gardemann Geschäftsführer der Stadtwerke Brühl GmbH** gibt zu bedenken, dass diese Selbstverpflichtung selbstverständlich bestehe, jedoch an anderer Stelle festgelegt sei.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) ist ebenfalls der Ansicht, dass die Festlegungen, wie man mit dem Gegenstand des Unternehmens umgehe, nicht in den Gesellschaftervertrag gehörten.

---

Unter Berücksichtigung der von Herrn Gardemann vorgelegten Fassung des § 2 Abs. 1 empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt den Gesellschaftervertreter, Herrn Wolfgang Poschmann, in der Gesellschaftsversammlung der Stadtwerke Brühl GmbH folgenden Beschluss herbeizuführen:

Die Gesellschafterversammlung beschließt folgende Änderung des Gesellschaftsvertrages:

**1. § 2 Abs. 1 wird geändert und lautet neu:**

„Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Fern- und Nahwärme, Gas und Wasser, die Beratung über die wirtschaftliche und umweltfreundliche Nutzung von Energie und Wasser, der Betrieb von Bädern, die Personenbeförderung im Rahmen des öffentlichen Nahverkehrs sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, und die Führung sonstiger, der Daseinsvorsorge dienender Unternehmungen in der Stadt Brühl.

Gegenstand des Unternehmens ist ferner die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie Aufgaben des technischen, infrastrukturellen und kaufmännischen Gebäudemanagements der Stadt Brühl.

Gegenstand des Unternehmens sind auch die Pflege und Instandhaltung der städtischen Grünanlagen und Friedhöfe, die Straßenreinigung, der Winterdienst, die Abfallbeseitigung und andere Aufgaben des Betriebshofs der Stadt Brühl.

**2. § 4 Abs. 1 wird geändert und lautet neu:**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 5.090.400 € Euro in Worten: Fünf Millionen Neunzigtausend vierhundert Euro.

**3. § 8 des Gesellschaftsvertrages wird geändert und ergänzt um Abs. 8:**

„Der Rat kann den von der Stadt bestellten und auf Vorschlag der Stadt gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen nach § 108 Abs. 4 Ziffer 2 GO NRW erteilen.“

**4. § 10 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt geändert:**

§ 10 Abs. 2 entfällt, die folgenden Ziffern verringern sich jeweils um 1.

§ 10 Abs. 4 Ziffer 1 entfällt, die folgenden Ziffern verringern sich jeweils um 1.

5. **§ 11 Ziff. 2 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt geändert:**  
„Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung einberufen.“
6. **§ 12 des Gesellschaftsvertrages wird geändert und lautet neu:**  
„Die Gesellschafterversammlung nimmt die ihr gesetzlich oder vertragsgemäßen Aufgaben wahr und entscheidet insbesondere in folgenden Angelegenheiten:
1. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
  2. die Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates,
  3. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen,
  4. Erteilung der Zustimmung nach § 5,
  5. Ziele der Gesellschaft nach § 2 Abs. 2
  6. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen
  7. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 192 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes
  8. die Bestellung und die Abberufung des Geschäftsführers“
7. **§ 13 des Gesellschaftsvertrages wird geändert und lautet neu:**  
„Der Geschäftsführer stellt so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan auf, dass die Gesellschafterversammlung vor Beginn des Geschäftsjahres ihre Zustimmung erteilen kann. Der Wirtschaftsplan umfasst den fünfjährigen Finanzplan, den Erfolgsplan und den Stellenplan.“

- einstimmig bei 1 Enthaltung -

**5. 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl - Satzung Rettungsdienst -**

**Vorlage-Nr. 106/99 h**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die als Anlage beigefügte 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl -Satzung Rettungsdienst-.

- einstimmig -

**6. Überplanmäßige Ausgaben**

**6.1 Neue Datev-Server**

**Vorlage-Nr. 12/89 bh**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 17.000 € bei Sachkonto 72850, Kostenstelle 11060710 (EDV-Beschaffung). Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei Sachkonto 41110, Kostenstelle 61010000 (Schlüsselzuweisungen).

- einstimmig -

## **6.2 Erweiterung/Neubau OGS Badorf Vorlage-Nr. 24/03 au**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die überplanmäßige Bereitstellung eines Betrages in Höhe von 128.000,00 € bei Kostenstelle 21010050, Konto 78310 – Erweiterung/Neubau OGS Badorf

### Deckungsvorschlag:

Kostenstelle 42010000 – Turn- und Sporthallen (hier: Sporthalle Römerstraße)  
Konto 72311 – Unterhaltung Grundstücke und Gebäude

Der hier im Haushaltsjahr 2008 bereitgestellte Betrag in Höhe von 380.000 €, der u.a. zur Abdichtung des Daches und der Erneuerung der Lüftungssäule eingesetzt werden sollte, wird in 2008 nicht kassenwirksam, da die Maßnahme im Jahr 2009 durchgeführt wird und hierfür bereits eine Neuveranschlagung erfolgte.

- einstimmig -

## **7. Mitteilungen**

### **7.1 [galerie.bruehl]**

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass Frau Ritter mit ihrer [galerie.bruehl] in den Bundesverband Deutscher Galerien aufgenommen worden sei. Ihre Galerie sei damit eine von 380 Galerien in Deutschland, die diesem Verband angehörten. Dies sei sehr anerkennenswert.

## **8. Anfragen**

### **8.1 Kriminalpräventiver Rat**

**Bezug: Anfrage Ratsfrau Niclasen (GRÜNE), Rat 27.10.08  
Vorlage-Nr. 51/08**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

**Ratsherr Gerharz** (CDU) kritisiert, dass seitens der Politik er und auch **Herr Breu** (SPD) an der konstituierenden Sitzung teilgenommen hätten, dies in der Vorlage jedoch nicht erwähnt sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** erklärt, dass in der Vorlage davon die Rede sei, dass neben allen anderen Vertreterinnen und Vertretern auch „die Stadt“ anwesend gewesen sei; hiermit seien auch Herr Breu und Herr Gerharz gemeint.

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) bittet, zu gegebener Zeit unaufgefordert einen Bericht über die Ergebnisse der Arbeit vorzulegen.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Bericht zu.

## 8.2 Neubaumaßnahme Realschule

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) fragt, wann und wo die entsprechenden Beschlüsse für die technische Ausstattung gefasst würden.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass hierüber in der nächsten Ratssitzung entschieden werde.

## 8.3 Standesamt

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) fragt, ob im Haushaltsplan Geld vorgesehen sei für einen Neuanstrich des Trauungsraumes im Rathaus Steinweg. Dieser bedürfe s. E. einer Auffrischung.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt schriftliche Beantwortung zu.

## 8.4 Hochbegabtenzentrum

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) berichtet über Gerüchte, dass die räumliche Situation sehr beengt sei. Er fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es hier Veränderungen geben müsse.

**Bürgermeister Kreuzberg** bestätigt, dass das Hochbegabtenzentrum vorläufig in den ehemaligen Büros der ARGE im Rathaus untergebracht sei, bis entsprechende andere Räumlichkeiten zur Verfügung stünden. Diese Übergangssituation sei allerdings seines Wissens befriedigend; von Schwierigkeiten sei ihm jedenfalls nichts bekannt.

## 8.5 Schuttablagerungen Grundstück Weilerstraße

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) erinnert an seine diesbezügliche Anfrage und fragt nach dem Sachstand.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt schriftliche Beantwortung zu.

## 8.6 Parken am Sportplatz Brühl-Vochem

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) berichtet, dass es sonntags am Sportplatz zu Parkproblemen komme. Es sei daher die Frage aufgetreten, ob man nicht die Fläche hinter den markierten Parkplätzen, die vormals zum Parken zur Verfügung gestanden hätte, wieder als Parkplatz frei geben könne.

Zur Verdeutlichung übergibt er entsprechende Fotos.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt schriftliche Beantwortung zu.

## 8.7 Weihnachtsmarkt

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) fragt, ob es Überlegungen gebe, einmal die Gestaltung des Brühler Weihnachtsmarktes zu überdenken. Nicht nur er sondern auch viele andere hätten den Eindruck, dass dieser Markt nicht mehr viel mit Weihnachten zu tun habe.

**Bürgermeister Kreuzberg** weist zunächst darauf hin, dass die Wepag Betreiber des Weihnachtsmarktes sei. Darüber hinaus müsse er allerdings einmal deutlich sagen, dass der Brühler Weihnachtsmarkt großen Anklang finde, was u. a. verschiedene Berichterstattungen und sogar Live-Schaltungen bewiesen. Der Brühler Weihnachtsmarkt sei im Übrigen der einzige über vier Wochen gehende Weihnachtsmarkt im Rhein-Erft-Kreis und erfreue sich tatsächlich steigender Beliebtheit. Nicht nur in den britischen DER TOUR-Katalogen sondern auch in den Katalogen der Benelux länder werde mit dem Brühler Weihnachtsmarkt geworben. Er sehe daher keinerlei Bedarf für eine andere Strukturierung. Auch qualitativ habe sich s. E. der Weihnachtsmarkt wesentlich verbessert.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) bestätigt das schöne Ambiente des Weihnachtsmarktes; dennoch habe das Angebot s. E. keinen großen Bezug zu Weihnachten.

### **8.8 Beschwerdemeldungen an die Verwaltung**

**Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) fragt, wie man als Ratsmitglied vorgehen könne, wenn man im Stadtgebiet Probleme erkenne. Er habe bereits des Öfteren auf Unzulänglichkeiten hingewiesen, doch es passiere nichts. Anhand verschiedener Beispiele, die er mit Fotos belegt, macht er deutlich, dass insbesondere der Zustand der Radwege an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet zu wünschen übrig lasse, obwohl die Stadt als fahrradfreundlich ausgezeichnet sei. So stünden z.B. riesige Wasserpfützen auf den Fahrradstreifen oder diese seien sehr stark verschmutzt. Die Probleme würden trotz Hinweis nicht behoben. Er fragt, wie diese Hinweise in der Verwaltung systematisch und für die Rats- bzw. Verkehrsausschussmitglieder nachvollziehbar abgearbeitet würden.

**Bürgermeister Kreuzberg** führt aus, dass die Verwaltung nicht bei jeder Pfütze tätig werden könne. Selbstverständlich würden Probleme behoben, die ein Sicherheitsrisiko darstellten. Auch die Reinigung der Fahrradwege sei notwendig und erforderlich. Es gebe natürlich immer wieder Mängel. Er bitte jedoch, wie bisher, auf diese hinzuweisen. In den von Herrn Bortlitz-Dickhoff konkret benannten Fällen sagt er weitere Veranlassung zu. Die Fotos werde er an den zuständigen Fachbereich zur Erledigung weitergeben.